

Die Kommunistische Partei Israels erklärt:

Die Verbrechen der faschistischen rechtsgerichteten israelischen Regierung, die auf die Aufrechterhaltung der Besetzung abzielen, führen zu einem regionalen Krieg. Diese Eskalation muss gestoppt werden. In diesen schwierigen Zeiten wiederholen wir unsere unmissverständliche Verurteilung jedes Angriffs auf unschuldige Zivilisten und rufen alle Seiten auf, Zivilisten aus dem Kreislauf der Gewalt herauszunehmen. Wir übermitteln den Familien der Opfer der Besetzung - Arabern und Juden gleichermaßen - unser Beileid.

Die Kommunistische Partei Israels macht die rechtsgerichtete faschistische Regierung Israels verantwortlich für die äußerst gefährliche Eskalation der letzten Stunden, die das Leben vieler unschuldiger Zivilisten forderte.

In der vergangenen Woche haben von der Regierung unterstützte Siedler in den besetzten Gebieten Verwüstungen angerichtet, sie entweihten die Al-Aqsa Moschee und führten ein Pogrom in den Straßen von Huwara durch.

Seit heute Morgen haben wir eine schwere Eskalation der Feindseligkeiten erlebt, die sich zu einem regionalen Krieg auszuweiten drohen. Die Gefahr eines solchen Krieges wurde durch die Handlungen dieser rechtsgerichteten israelischen Regierung vom ersten Tag ihrer Amtszeit an, immer wieder genährt.

Die heutigen Ereignisse zeigen, in welche gefährliche Richtung Netanjahu und seine Partner in der Regierung die gesamte Region führen. Wir betonen, dass es unmöglich ist den Konflikt zu "managen" oder ihn militärisch zu lösen. Es gibt nur eine Lösung - das Streben nach einem Ende der der Besetzung und die Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und seiner berechtigten Forderungen. Die Beendigung der Besetzung und die Schaffung eines gerechten Friedens liegen eindeutig im Interesse der beiden Völker.

Die Kommunistische Partei Israels warnt davor, dass die Netanyahu-Regierung die Ereignisse nutzt, um einen rachsüchtigen Angriff Racheangriff auf den Gazastreifen zu starten, und ruft die internationale Gemeinschaft und die Nachbarstaaten dazu auf, sofort zu intervenieren, um die dröhnenden Kriegstrommeln zum Schweigen zu bringen und eine politische Lösung einzuleiten.

Die KPI ist besorgt über mögliche Vergeltungsmaßnahmen gegen palästinensische Bürger in Israel, insbesondere gegen diejenigen, die in den gemeinsamen Städten und in den nicht anerkannten Dörfern in Al-Naqab/Negev leben. Letztere haben bereits einen hohen Preis für die Vernachlässigung gezahlt, mit der der Staat sie behandelt. Angesichts dieser Realität müssen die vernünftigen Kräfte in Israel, Juden und Araber gleichermaßen, eine klare Stimme erheben gegen jeden Versuch, Gewalt gegen Gruppen zu schüren oder das Gesetz in die eigenen Hände zu nehmen. Wir müssen gemeinsame Aktivitäten vorantreiben, die auf ein Leben ohne Besetzung, Diskriminierung oder ethnischer Überlegenheit beruht. Wir sollten uns für Frieden, Gleichheit und wahre Demokratie für alle einsetzen.

Haifa

7. Oktober 2023